

Rudolf Leo

„Wichtig ist, richtige Fragen zu stellen.“

Winfried R. Garscha im Spiegel
ausgewählter österreichischer Medien

Zur Person:

*Winfried Garscha (geb. 1952) leitet Projekte des DÖW und der
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz. Ein Schwerpunkt: der Umgang der
Nachkriegsgesellschaft mit NS-Prozessen.*

Der SchülerStandard, 15. 3. 2005

Vorbemerkung

Für den vorliegenden Beitrag wurden folgende Printmedien und andere Quellen durchsucht: Austria Presseagentur (APA), Der Standard, Die Presse, Kurier, Salzburger Nachrichten, Oberösterreichische Nachrichten, Niederösterreichische Nachrichten, Wiener Zeitung, Neues Volksblatt sowie Presseaussendungen der KPÖ. Die Arbeit erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht aufgenommen wurden Artikel in Fachzeitschriften, Monatsmagazinen und wissenschaftlichen Medien.

Nicht geklärt ist, wann Winfried R. Garscha das „Licht der Medienöffentlichkeit“ erblickte. Gesichert ist laut APA der 18. Mai 1988. An diesem Tag wurde die Publikation „Anschluß‘ 1938“ präsentiert. Die APA vermerkte dazu:

„Die Dokumentation ‚Anschluß 1938‘ wurde von Heinz Arnberger, Winfried Garscha und Christa Mitternutzner erstellt. 700 Dokumente, vor allem aus dem Zeitraum zwischen der Zusammenkunft Hitlers und Schuschnigg auf dem Obersalzberg am 12. Februar 1938 und der ‚Volksabstimmung‘ am 10. April sind darin für ein breites Publikum in einem Band gesammelt. Namhafte Fachleute unterschiedlicher politischer und wissenschaftlicher Haltung beschreiben die Vorgeschichte des Anschlusses.“

Chronologische Aufstellung ausgewählter Artikel von und über Winfried R. Garscha

17. Juni 1994, KPÖ-Pressesaussendung. Die KPÖ lud in einer Pressesaussendung zu einer Buchbesprechung ein:

„Das Buch ‚Zur österreichischen Nation‘ wird am kommenden Mittwoch in einer öffentlichen Präsentation vom Historiker Dr. Winfried Garscha und KPÖ-Wissenschaftssprecher Mag. Julius Mende vorgestellt.“

21. März 1995, Rathauskorrespondenz. Gemeinsam mit Claudia Kuretsidis-Haider wurde in der Volkshochschule Floridsdorf eine Vortragsreihe veranstaltet:

„Eine Fixierung des Gedenkens auf die Angehörigen des österreichischen Widerstandes betont Dr. Winfried Garscha und belegt das mit einem lokalen Beispiel für Floridsdorf: ‚Erst 1988 wurde beispielsweise am Ort, an dem bis 1938 die Synagoge von Floridsdorf stand, eine Gedenktafel enthüllt. Und für die ungarischen Juden und ‚Ostarbeiter‘, die in Floridsdorf 1944/45 getötet wurden, gibt es bis heute keine Tafel.“

3. und 4. November 1995, APA. Dieter Stiefel und Winfried Garscha referierten im Herbst 1995 auf der vom Institut für die Wissenschaften vom Menschen organisierten Konferenz „Political Justice in Post-War Europa“ über „Entnazifizierung in Österreich“. Ein von der APA zur Konferenz entsandter Redakteur gab in seinem Bericht Winfried Garscha wie folgt wieder:

„Freisprüche und Verfahrenseinstellungen hätte es vor allem dann gegeben, wenn die Beschuldigten Richter oder Staatsanwälte gewesen seien. Auffallend milde seien auch Ärzte behandelt worden. Ihre Involvierung in die von Nationalsozialisten betriebene ‚Vernichtung unwerten Lebens‘ sei ‚weit größer, als es in den Urteilen zum Ausdruck kommt‘. Laut Garscha konnten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilte Ärzte bereits nach wenigen Jahren ihre Arbeit wieder aufnehmen.“

10. August 1996, Die Presse. Im Juni 1996 fand das vom DÖW organisierte Symposium zum Thema „Entnazifizierung und Nachkriegsprozesse“ statt, wovon Die Presse ausführlich berichtete:

„Das Tribunal von Nürnberg und vielleicht noch der Eichmann-Prozeß von Jerusalem sind bis heute einer breiteren Öffentlichkeit ein Begriff. Viel weniger bekannt dagegen ist, daß in den Nachkriegsjahren in Deutschland, Österreich und den vormals besetzten Ländern – unabhängig von der alliierten Gerichtsbarkeit – unzählige Verfahren wegen nationalsozialistischer Verbrechen oder Kollaboration eingeleitet worden sind. Im Rahmen dieser Verfahren wurden Berge von Akten produziert, die bisher erst in geringem Ausmaß von der Geschichtswissenschaft als Quelle genutzt worden sind“, weiß Winfried Garscha vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.“

15. Juni 1998, APA. Im Sommer 1998 erschien der von Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried R. Garscha herausgegebene Sammelband „Keine Abrechnung“. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945“. APA, Salzburger Nachrichten und Wiener Zeitung berichteten:

„Allein in Österreich hat die Justiz 137.000 Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche NS-Täter eingeleitet. 28.000 Personen wurden angeklagt, von ihnen wurden rund 13.600 verurteilt. Diese Ansätze für eine Bewältigung der Nazi-Verbrechen seien aber weitgehend in Vergessenheit geraten, kritisierten die Autoren am Montag bei der Präsentation des Buches.“

14. Dezember 1998, APA. Im Winter 1998 berichteten Presse, Standard und die Wiener Zeitung nach einer APA-Aussendung über ein Projekt der neu gegründeten Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz. NS-Akten sollten HistorikerInnen zur Verfügung gestellt werden:

„Laut Garscha werde in der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz eine geografische Beschlagwortung der Verfahren mit Kurzbeschreibung (Grund für das Verfahren bis hin zum Urteil) erstellt. Fernziel sei die Erstellung eines elektronischen Handbuches der Nachkriegsprozesse. Auch internationale Kooperationen etwa mit der deutschen Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung in Ludwigsburg, Experten aus Amsterdam, Paris und Berlin sind geplant.“

18. Juni 1999, Der Standard. Der Standard berichtete im Sommer 1999 über Verfahren gegen NS-TäterInnen:

„Im Verfahren um die Euthanasie-Verbrechen am Wiener Steinhof wurde der Primararzt der Kindernervenklinik ‚Am Spiegelgrund‘, Ernst Illing, zum Tode verurteilt, eine Ärztin erhielt zehn Jahre Haft, ein weiterer Arzt zwei Jahre. Der Rest des Steinhof-Verfahrens hat in einer ‚ganz dünnen Mappe Platz‘, so der Historiker Winfried Garscha.“

13. November 1999, Die Presse. Winfried Garscha verfasste in der Presse vom 13. 11. 1999 einen Beitrag mit dem Titel: „Von der Macht der Bilder – Noch einmal zur ‚Reichskristallnacht‘“:

„Am Morgen des 10. November 1938, nach dem Pogrom, zynisch ‚Reichskristallnacht‘ genannt, standen von vielen Synagogen im nationalsozialistischen Machtbereich nur noch Brandruinen. Als die Synagogen brannten, war Nacht. Nachtaufnahmen waren selten beim damaligen Stand der Phototechnik. Nach 1945 halfen gutmeinende ‚Künstler‘ daher manchmal etwas nach. Das im ‚Spectrum‘ vom 6. November veröffentlichte Photo der Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin gehört in diese Kategorie.

Die grobe Rasterung der in den Zeitungen veröffentlichten Photos machte bis in die sechziger Jahre die Retusche zu einem selbstverständlichen Vorgang in den Bildredaktionen, um die Konturen deutlicher zu machen. Daß ein derart bearbeitetes Photo nicht authentisch war, wurde kaum als Mangel wahrgenommen: Das Bild sollte ‚illustrieren‘, den Eindruck des geschriebenen Worts verstärken. Was nicht dazupafte, wurde wegretuschiert – technisch perfekt meist nur dann, wenn die Fälschung aus böser Absicht erfolgte. Erst im Zeitalter des allgemeinen Fernsehkonsums gewannen die Bilder endgültig die Übermacht. Vom Bild wurde eine Authentizität erwartet, die bei vielen historischen Aufnahmen erst durch aufwendige Recherche zu gewährleisten ist.

Das Bild der brennenden Synagoge in der Oranienburger Straße ist eine doppelte ‚Fälschung‘: Ausgebrannt ist die Synagoge nicht in der Pogromnacht 38, sondern nach einem nächtlichen Bombentreffer am 22. November 1943. Doch die Aufnahme wurde bei Tag gemacht – in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die rechte der beiden Kuppeln an der Front zur Oranienburger Straße war zu diesem Zeitpunkt bereits eingestürzt, sodaß auch der Unterbau der großen Kuppel zu sehen ist. Flammen und Rauch wurden hineingemalt.

Daß die Berliner Neue Synagoge die Pogromnacht 1938 fast unbeschadet überstand, ist dem Vorsteher des Polizeireviereviere Nr. 16 am Hacke-

schen Markt zu verdanken, der mit vorgehaltener Pistole die brandschatzenden SA-Männer aus dem Männervestibül (das in den dreißiger Jahren als Trausaal genutzt wurde) vertrieb. Wilhelm Krützfeld – so der Name des mutigen Polizisten – beorderte rechtzeitig die Feuerwehr zur Brandstelle und stellte das Gebäude als bedeutendes Kunstwerk und Kulturgut unter Polizeischutz. Nach der Schändung des Gotteshauses wurde die Synagoge zu Pessach 1939 wieder geweiht, 1940 jedoch von der Wehrmacht als Depot des Heeresbekleidungsamtes beschlagnahmt. Seit Anfang der neunziger Jahre erstrahlen die Kuppeln im alten Glanz, die Neue Synagoge ist wieder zu einem Zentrum jüdischen Lebens in Berlin geworden.“

11. März 2000, Die Presse. In einem Leserbrief an Die Presse skizzierte Winfried Garscha „ein typisch österreichisches Volksstück“ in vier Akten als Antwort auf den vom damaligen FPÖ-Ideologen Andreas Mölzer verfassten Beitrag mit dem Titel „Gott verzeiht – das DÖW nie“ vom 29. Februar 2000.



„Ein typisch österreichisches Volksstück“

Die Presse, 11. März 2000

23. Mai 2000, Kurier. Der Kurier zitierte Winfried Garscha im Hinblick auf Zahlen und Fakten zu NS-Verbrechen:

„Auch Winfried Garscha vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ist für eine differenzierte Auslegung der Daten. Laut der Volksgerichtsstatistik des Justizministeriums aus 1955 wurden zwischen 1945 und 1955 genau 13.607 Personen verurteilt, 9.870 freigesprochen. Diese Zahlen hat man laut Garscha ‚unter den Teppich gekehrt‘.“

1. September 2001, Oberösterreichische Nachrichten. Die Oberösterreichischen Nachrichten berichteten im September 2001 über die vom Archiv der Stadt Linz herausgegebene zweibändige Publikation „Nationalsozialismus in Linz“. Winfried R. Garscha und Claudia Kuretsidis-Haider schrieben einen Beitrag über das Volksgericht Linz und die Ahndung von NS-Verbrechen in Oberösterreich:

„Grundlagen waren das NS-Verbotsgesetz und das Kriegsverbrechergesetz, nach denen sich NSDAP-Angehörige aus der Zeit vor 1938, vorwiegend aber Täterpersönlichkeiten des Systems, vor Volksgerichten zu verantworten hatten. Von den Anklagen führten, wie Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried R. Garscha [...] dokumentieren, etwa zehn Prozent zu Urteilen. Eines der drei ausgesprochenen Todesurteile wurde vollstreckt. Bezeichnenderweise handelte es sich beim Delinquenten um einen Täter, der gleichzeitig Opfer war: einen halb-jüdischen KZ-Unterkapo, der Mithäftlinge zu Tode misshandelt hatte.“

2. Februar 2002, Die Presse. 1999 bis 2002 erfasste Winfried Garscha mit KollegInnen in einem von DÖW und Karl von Vogelsang-Institut durchgeführten Projekt die Opfer des NS-Terror in Österreich vor dem „Anschluss“ im März 1938:

„Bisher sei unter dem Titel ‚Opfer des NS-Terrors‘ meist die Zeit nach dem ‚Anschluß‘ Österreichs 1938 gemeint gewesen, so die Wiener Historiker Winfried Garscha und Georg Kastner im Gespräch mit der ‚PRESSE‘. ‚Der Begriff NS-Terror wird zwar meist mit der Gestapo und der SS in Verbindung gebracht, doch Methoden des Terrors zur Einschüchterung ihrer politischen Gegner wandte die NSDAP schon vor ihrer Machtübernahme an‘.“

26. April 2002, KPÖ-Presseaussendung. In einer Presseaussendung berichtete die KPÖ über die Verleihung des Willy und Helga Verkauf-Verlon-Preises an Winfried Garscha:

„Mit dem ‚Willy und Helga Verkauf-Verlon-Preis‘ des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands für österreichische antifaschistische Publizistik wurde der Historiker Winfried R. Garscha gestern in Wien ausgezeichnet. Winfried Garscha, geb. 1952, Studium der Geschichte, Slawistik und Germanistik, ist Mitarbeiter des DÖW und Leiter der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz.“

2. Dezember 2003, Kurier und Salzburger Nachrichten. Mehrere Tageszeitungen thematisierten Anfang Dezember 2001 den Umgang mit NS-TäterInnen nach 1975. Hintergrund war der Workshop der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz in Graz „Kriegsverbrecherprozesse in Österreich: eine Bestandsaufnahme“. Winfried Garscha brachte es im Gespräch mit der Tageszeitung Kurier auf den Punkt:

„Und dann war Ruhe“, kommentierte Winfried Garscha die Gepflogenheit, mutmaßliche NS-Kriegsverbrecher nach 1975 nicht einmal mehr anzuklagen. „Die Justiz hat sich nicht mehr damit beschäftigt“, sagt Garscha, der als Leiter der Forschungsgruppe „Justiz und NS-Gewaltverbrechen in Österreich“ tätig ist. Die Zahlen sind ernüchternd: Zwischen 1956 und 1975 gab es 34 NS-Prozesse in Österreich, 47 Menschen wurden angeklagt, 20 schuldig gesprochen.“

15. März 2005, Der Standard. Ein ausführliches Interview führte der Standard mit Winfried Garscha zur Arbeit des Dokumentationsarchivs:

„Wichtig ist, richtige Fragen zu stellen“. Die Betrachtung von Einzelschicksalen sei wesentlich, um die NS-Verbrechen nachvollziehen zu können, sagt Winfried Garscha vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) zu Julia Grillmayr.

Standard: Gab es in Österreich Vergangenheitsbewältigung was den Nationalsozialismus betrifft?

Garscha: Die wichtigste Periode der Bewältigung war die Auseinandersetzung mit Kurt Waldheim und seiner Kriegsvergangenheit. Man hat sich da mit etwas beschäftigt, das lange Zeit vernachlässigt worden

ist: die Beteiligung der Österreicher an den NS-Verbrechen. Und zum ersten Mal haben Politiker von Österreichern auch als Täter gesprochen. Da ist einiges ins Lot gekommen.

Standard: Ist das Gedenkjahr eine sinnvolle Möglichkeit, Geschichte aufzuarbeiten?

Garscha: Die Gefahr ist, dass die Leute das überkriegen und sagen ‚Ja, das haben wir schon gehört‘. Andererseits reagiert man mit Sensibilisierung darauf, wenn die Medien voll sind mit einem Thema – auch wenn Abwehr besteht. Man sollte diese Sensibilisierung bei historischen Gedenkjahren dazu nutzen, um kritische Fragen zu stellen.

Standard: An welche Fragen denken Sie?

Garscha: An ganz einfache Fragen. Wenn man 50 Jahre Staatsvertrag feiert, feiert man auch den Abzug der Alliierten aus Österreich. Da kann man einfach fragen: Warum waren ausländische Soldaten hier? Wenn man so ein Ereignis feiert, ergeben sich immer Fragen, die weiter zurück in die Vergangenheit führen.

Standard: Haben Sie den Eindruck, dass Schüler gut informiert sind?

Garscha: Ich sehe, dass sie über ein breites Wissen verfügen, wenn sie zu uns ins Archiv kommen. Und ich hoffe immer, dass sie mit mehr Wissen, aber vor allem mit mehr Fragen bei uns raus gehen. Die Hauptsache ist, richtige Fragen zu stellen.

Standard: Ist die Auseinandersetzung mit Einzelschicksalen der NS-Zeit wie Anne Frank zur Aufarbeitung wichtig?

Garscha: Das ist sehr wesentlich, weil die Ungeheuerlichkeit nachvollziehbarer wird. Wenn ich sage, so viele zigtausende Menschen sind umgebracht worden, ist das eine abstrakte Zahl. Wenn ich mir die Menschen konkret vorstellen kann, entsteht ein emotionales Bild in meinem Kopf.

Standard: Inwieweit muss das sachlich untermauert sein?

Garscha: Unbedingt muss es das sein, sonst kann man die Schicksale nicht einordnen. Man muss die Dinge in einen Kontext bringen, das hat nichts mit der Wertung von Menschenleben zu tun. Wenn ich sehe, dass der Grund, weshalb jemand verfolgt wird, der ist, dass er in seinem Ahnenpass jüdische Vorfahren hat, dann ist das etwas anderes, als wenn der Grund der ist, dass er in einer Partei ist, die viele Verbrechen begangen hat.

Standard: Ist Österreich übersensibel was die Political Correctness betrifft?

Aus: Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, hrsg. v. Claudia Kuretsidis-Haider und Christine Schindler im Auftrag des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2017

„Wichtig ist, richtige Fragen zu stellen.“

459

Garscha: Es gibt in Österreich leider eine totale Unempfindlichkeit, was Sprache betrifft, historisch gesehen. Man ist oft erstaunt, dass Leute sich nicht bewusst sind über Ausdrücke und deren Wirkung. Andererseits muss man auch aufpassen, dass durch diese Political Correctness keine Denkverbote kommen, die nicht mehr hinterfragt werden dürfen. Man sollte sich bewusst sein, was die Begriffe bedeuten und wie man mit ihnen umgeht.

10 DER STANDARD **SCHÜLERSTANDARD** Di., 15. MÄRZ 2005

„Wichtig ist, richtige Fragen zu stellen“

Die Betrachtung von Einzelschicksalen sei wesentlich, um die NS-Verbrechen nachvollziehen zu können, sagt Winfried Garscha vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) zu Julia Grillmayr.

STANDARD: Gab es in Österreich Vergangenheitsbewältigung was den Nationalsozialismus betrifft?
Garscha: Die wichtigste Periode der Bewältigung war die Auseinandersetzung mit Kurt Waldheim und seiner Kriegsvorgangsbild. Man hat sich da mit etwas beschäftigt, das lange Zeit vernachlässigt worden ist: die Beteiligung der Österreicher an den NS-Verbrechen. Und zum ersten Mal haben Politiker von Österreichern auch als Täter gesprochen. Da ist einiges ins Lot gekommen.

STANDARD: Ist das Gedenkjahr eine sinnvolle Möglichkeit, Geschichte aufzuarbeiten?
Garscha: Die Gefahr ist, dass die Leute das überkriegen und sagen „Ja, das haben wir schon gehört“. Andererseits reagiert man mit Sensibilisierung darauf, wenn die Medien voll sind mit einem Thema – auch wenn Abwehr besteht. Man sollte diese Sensibilisierung bei historischen Gedenkjahren dazu nutzen, um kritische Fragen zu stellen.

STANDARD: An welche Fragen denken Sie?
Garscha: An ganz einfache Fragen. Wenn man 50 Jahre Staatsvertrag feiert, feiert man auch den Abzug der Alliierten aus Österreich. Da kann man einfach fragen: Warum waren ausländische Soldaten hier? Wenn man so ein Ereignis feiert, ergeben sich immer Fragen die weiter zurück in die Vergangenheit führen.

STANDARD: Haben Sie den Eindruck, dass die Österreicher...

Garscha: Ich sehe, dass sie über ein breites Wissen verfügen, wenn sie zu uns ins Archiv kommen. Und ich helfe immer, dass sie mit mehr Wissen, aber vor allem mit mehr Fragen bei uns raus gehen. Die Hauptsache ist, richtige Fragen zu stellen.

STANDARD: Ist die Auseinandersetzung mit Einzelschicksalen der NS-Zeit wie Anne Frank zur Aufarbeitung wichtig?
Garscha: Das ist sehr wesentlich, weil die Ungeheuerlichkeit nachvollziehbarer wird. Wenn ich sage, so viele zigtausende Menschen sind umgebracht worden, ist das eine abstrakte Zahl. Wenn ich mir die Menschen konkret vorstellen kann, entsteht ein emotionales Bild in meinem Kopf.

Garscha: Unbedingt muss es das sein, sonst kann man die Schicksale nicht einordnen. Man muss die Dinge in einen Kontext bringen, das hat nichts mit der Wortung von Menschenleben zu tun. Wenn ich sehe, dass der Grund, weshalb jemand verfolgt wird, der ist, dass er in seinem Ahnenpaar jüdische Vorfahren hat, dann ist das etwas anderes, als wenn der Grund der ist, dass er in einer Partei ist, die viele Verbrechen begangen hat.

STANDARD: Ist Österreich über-sensibel was die Political Correctness betrifft?
Garscha: Es gibt in Österreich leider eine totale Unempfindlichkeit was Sprache betrifft, historisch gesehen. Man ist oft erstaunt, dass Leute sich nicht bewusst sind über Ausdrücke...

STANDARD: Wie sehen Sie das Problem der Entnazifizierung?
Garscha: Ich will nicht jedem Nationalsozialisten unterstellen, dass er ein Sympathisant von Mördern war, aber es war ihm egal. Das ist ein schiefes Problem der Entnazifizierung nach 1945. Man hat alles bürokratisch gelöst, aber sich nicht inhaltlich mit dem beschäftigt, was noch in den Köpfen der Nationalsozialisten war. Das ist zu kurz gekommen.

STANDARD: Hat sie denn schlichtlich verdrängt?

Sich bei der Vergangenheitsbewältigung mit Einzelschicksalen wie jenem der Anne Frank zu befassen macht die „Ungeheuerlichkeit“ klarer.
Foto: APA

wird am 31. März ein Pensionist in Wien aus politischen Gründen erschlagen. Bei Demos für und gegen einen Nazi-Professor bekommt er einen Kinnhaken von einem Buchschalter und stirbt. Gemeint ist Ernst Kirchwegger. Da war dann wirklich Feuer am Dach. Und auf einmal hat man gefragt, wie es das gibt, dass die jungen Leute wieder die alten Nazi-Lieder grölen. Dann haben eben Leute angefangen zu fragen, ob wirklich so etwas wie Aufklärung betrieben worden ist. Diese Vergangenheitsbewältigung wird so lange dauern, so lange die Folgen davon spürbar sind. Worum es mir geht ist, das Problembewusstsein zu stärken und das sind Gedenkjahre – auch wenn sie von oben verordnet werden – doch ganz nützlich.

TIPPS

► **Andenken im Rahmen des Projekts „Alltagskultur seit 1945“** zeigt das Österreichische Museum für Volkskunde ab 18. März bis 5. Juni die Ausstellung an-sammlung – an-denken. Sieben Künstler arbeiten mit einer von Innenausstattung strahlender Villa, in der es scheint, als ob seit 1980 nichts mehr entfernt worden wäre. Es geht

ZUR PERSON

Winfried Garscha (geb. 1952) leitet Projekte des DÖW und der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz. Ein Schwerpunkt der Themen des




„Wichtig ist, richtige Fragen zu stellen“

Der Standard, 15. März 2005

Standard: Wie sehen Sie das Problem der Entnazifizierung?

Garscha: Ich will nicht jedem Nationalsozialisten unterstellen, dass er ein Sympathisant von Mördern war, aber es war ihm egal. Das ist ein echtes Problem der Entnazifizierung nach 1945. Man hat alles bürokratisch gelöst, aber sich nicht inhaltlich mit dem beschäftigt, was noch in den Köpfen der Nationalsozialisten war. Das ist zu kurz gekommen.

Standard: Hat sie dann schließlich stattgefunden?

Garscha: 1965 – das ist ein Jubiläum an das keiner denkt – wird am 31. März ein Pensionist in Wien aus politischen Gründen erschlagen. Bei Demos für und gegen einen Nazi-Professor bekommt er einen Kinnhaken von einem Burschschafter und stirbt. Gemeint ist Ernst Kirchweger. Da war dann wirklich Feuer am Dach. Und auf einmal hat man gefragt, wie es das gibt, dass die jungen Leute wieder die alten Nazi-Lieder grölen. Dann haben eben Leute angefangen zu fragen, ob wirklich so etwas wie Aufklärung betrieben worden ist. Diese Vergangenheitsbewältigung wird so lange dauern, so lange die Folgen davon spürbar sind. Worum es mir geht ist, das Problembewusstsein zu stärken und da sind Gedenkjahre – auch wenn sie von oben verordnet werden – doch ganz nützlich.

4. April 2005, Niederösterreichische Nachrichten. Die Niederösterreichischen Nachrichten kündigten im April 2005 an:

„Vortrag und Diskussion über das ‚Massaker von Stein‘ mit Dr. Winfried Garscha, Karl Öllinger und Dr. Claudia Kuretsidis-Haider gibt es am Mittwoch, 6. April, 18.30 Uhr.“

29. April 2005, Die Presse. Die Presse ging im Frühjahr 2005 einmal mehr der Frage nach, warum so wenige NS-TäterInnen nach dem Krieg verurteilt wurden:

„Die Gründe sind für Garscha vielschichtig: Einerseits war schon ein großer Teil der Haupttäter unter den SS-Wachmannschaften 1946/47 von einem US-Militärgericht auf dem Gelände des KZ Dachau verurteilt worden. Andererseits machten zahlreiche Angeklagte vor Gericht eine so jämmerliche Figur, dass die Laienrichter Mitleid hatten.“

3. Juni 2005, Kurier. Auch der Kurier widmete sich wieder dem Thema NS-Verbrechen und zitierte Winfried Garscha:

„Zwischen 1945 und 1948 verhängten die Volksgerichte 43 Todesstrafen, 30 davon wurden exekutiert, zwei Verurteilte begingen Selbstmord. Wegen der vielen Morde und Raubmorde wurde die Todesstrafe, die in der 1. Republik schon abgeschafft worden war, zwischen 1945 und 1949 auch an ordentlichen Gerichten wieder verhängt (44-mal). Garscha: ‚Das relativiert die harten Strafen für Nazis‘.“

1. Dezember 2005, APA. Die APA berichtete im Vorfeld einer Tagung:

„Mit dem Freispruch des wegen Verbrechen im KZ Mauthausen angeklagten Johann Vinzenz Gogl am 2. Dezember 1975 endeten de facto die österreichischen NS-Prozesse. Danach stellte das Justizministerium die noch laufenden Verfahren ein. Für Winfried Garscha von der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz eine ‚bedenkliche Entwicklung‘.“

17. und 18. Oktober 2007, Neues Volksblatt und Oberösterreichische Nachrichten. Das von Winfried Garscha und Franz Scharf verfasste Buch „Justiz in Oberdonau“ wurde im Neuen Volksblatt (17. 10. 2007) und in den Oberösterreichischen Nachrichten (18. 10. 2007) ausführlich rezensiert.

18. November 2008, Salzburger Nachrichten. Über ein Symposium in Linz zum Thema NS-Euthanasie berichteten die Salzburger Nachrichten:

„Wie die Historiker Winfried R. Garscha und Ursula Schwarz in ihren Vorträgen ausführten, bildete die ‚legale‘ Grundlage für die Euthanasie die mit Datum 1. September 1939 ausgestellte Ermächtigung Adolf Hitlers. Sie erfolgte auf privatem Briefpapier Hitlers und war für die Justiz keine ‚ausreichende rechtliche Grundlage‘ für die folgenden Massentötungen. Euthanasie blieb somit auch nach NS-Strafrecht Mord. Für Rechtsjustizminister Franz Gürtner war der ‚Führerwille‘ aber eine höhere Rechtsquelle als das geltende Strafrecht und er instruierte auch die Spitzen der Justiz darüber. Als Konsequenz wurden laufende Verfahren eingestellt. Vielmehr verfolgte der Volksgerichtshof jene, die sich im Sinne des NS-Regimes ‚unbotmäßig‘ zur Euthanasie äußerten.“

5. Februar 2009, ORF, Zeit im Bild 2. Am 5. Februar 2009 wurde Winfried Garscha von Armin Wolf als Studiogast in die ZIB 2 eingeladen. Thema war

der Fall des Lagerarztes im KZ Mauthausen Aribert Heim (Transkription durch den ORF):

„*Wolf*: Und ich begrüße den Historiker Winfried Garscha dazu bei mir im Studio, guten Abend, vielen Dank für das Kommen. Herr Doktor Garscha, ich möchte mit dem Fall Aribert Heim beginnen. Der Leiter des Simon-Wiesenthals-Centers in Jerusalem, wir haben es gerade gesehen, glaubt nicht, dass Heim schon vor vielen Jahren in Kairo gestorben ist, es seien zu viele Fragen offen. Warum zum Beispiel hat der Sohn von Heim nicht schon vor vielen Jahren gesagt, dass sein Vater tot ist? Dann hätte die Staatsanwaltschaft nicht mehr weiter ermittelt. Glauben Sie, dass die Berichte stimmen, dass er vor 17 Jahren gestorben ist?

Garscha: Das ist schwer zu entscheiden. Tatsache ist, entweder hat die Familie damals gelogen oder lügt sie jetzt. Das zu entscheiden wird nur möglich sein, wenn es gelingt, das Grab zu finden, oder zumindest Überreste davon, oder, wenn sich eindeutig feststellt, dass diese Dokumente, die plötzlich in diesem ominösen Koffer in Kairo aufgetaucht sind, tatsächlich echt sind. Trotzdem ist es natürlich seltsam, dass in einem nicht mehr benützten Hotel plötzlich ein Koffer auftaucht und das von Journalisten gefunden wird, was vorher von der Presse, ah, von den Behörden nicht gefunden wurde und es scheint hier doch, dass die Presse, die eingeschaltet wurde von der Familie, um den Vater sozusagen endlich sterben zu lassen, und möglicherweise ist er aber tatsächlich schon tot.

Wolf: Also der Eindruck, den der Leiter des Wiesenthal-Zentrums hat, der Fall schaue jetzt zu perfekt aus. Den teilen Sie ein wenig? Verstehe ich Sie da richtig?

Garscha: Ich teile ihn ein wenig, ich sage trotzdem, es ist möglich, dass man mit der jetzigen Aktion vertuschen wollte, dass man die ganze Zeit schon gelogen hatte, indem man behauptet hatte, man wisse nicht, wo der Vater sei. Dass man also sehr wohl seitens der Familie schon gewusst hat, dass er gestorben ist.

Wolf: Jetzt sagt Efraim Zuroff vom Wiesenthal-Zentrum aber auch, die österreichische Justiz hätte da völlig versagt. Die sei im Fall Heim, im Gegensatz zur deutschen Justiz, völlig untätig gewesen und überhaupt sei Österreich ein wundervoller Ort für Nazis. Stimmt dieser Vorwurf?

Garscha: Ja, in dieser Pauschalität würde ich das nicht unterschreiben, allerdings stimmt es schon, dass man hier sehr lange gebraucht hat, um

aktiv zu werden. Es war die letzte Justizministerin [Maria Berger], die eine Ergreiferprämie ausgesetzt hat, aber es gab seit 1967 zum Beispiel den Hinweis von Simon Wiesenthal auf diese ägyptische Spur, die man jetzt völlig neu entdeckt hat. Also, die Zusammenarbeit zwischen Simon Wiesenthal und der österreichischen Justiz hat ja nicht besonders gut funktioniert. Aber offensichtlich hätte es sich ausgezahlt. Und gerade damals wurde nämlich ein Mauthausenprozess vorbereitet, der dann allerdings 1972 nach Aufhebung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof noch einmal 1975 mit einem Freispruch geendet hat, gegen einen mutmaßlichen Exzesstäter, der allerdings nicht besonders prominent war. Im Fall Heim hätte man sehr wohl einen sehr bekannten, sehr prominenten Täter hier gehabt, allerdings wäre es wahrscheinlich sehr schwierig gewesen, damals eine Auslieferung seitens Ägyptens zu erreichen. Es hat ja ähnliche Versuche im Fall Alois Brunner gegeben, der damals nicht von Syrien ausgeliefert wurde, wo sich Österreich ja bemüht hatte.

Wolf: Brunner, aber auch Heim, wenn er noch lebt, wäre er weit über 90, so wie die meisten anderen ehemaligen NS Kriegsverbrecher. Jetzt fragen sich viele Menschen, welchen Sinn hat es, so alte Männer nach so vielen Jahrzehnten noch zu verfolgen, auch wenn sie damals schwere Verbrechen begangen haben.

Garscha: Naja, zum Ersten: Mord verjährt auf keinen Fall. Und Mord verjährt auch nicht, wenn er aus persönlicher Mordlust begangen wurde und es ist schon eine Frage der politischen Kultur, ob Verbrechen auch dann verfolgt werden, wenn sie vom Staat angeordnet oder geduldet wurden. Gerade dann muss eigentlich der Staat beweisen seinen Verfolgungswillen und damit einen Beitrag auch für künftige Generationen leisten, nämlich um zu dokumentieren, es zahlt sich nicht aus, diese Verbrechen zu begehen, oder anders herum gesagt, es kann nicht so sein, dass während eines Krieges alles erlaubt ist. Wir erleben in den letzten Jahrzehnten, wie wichtig es ist, und auch jetzt könnte es sein, dass ich einfach Menschen, die sich schwerster Verbrechen schuldig gemacht haben, sich dann einfach lange genug verstecken und dann sagt man, es ist schon so lange her, jetzt braucht man nichts mehr tun. Also, dieses Signal an die Täter von Morgen, auch die Täter von Gestern werden noch verfolgt, auch wenn sie schon über 90 Jahr alt sind. Das halte ich schon für sehr wichtig aus politischen und auch aus moralisch-ethischen Gründen.

Wolf: Nun lebt der ehemalige Ustascha-Polizist Milivoj Ašner völlig unbehelligt in Klagenfurt. Geht dort auch spazieren und wird nicht an Kroatien ausgeliefert, weil er laut Gutachten nicht prozessfähig ist. Das Wiesenthal-Zentrum hält das nicht für glaubwürdig. Könnte die österreichische Justiz da auch irgendetwas anderes machen?

Garscha: Die Frage ist, ob die Justiz was machen kann, denn es geht nicht, dass der Staatsanwalt sich einen Film im Fernsehen anschaut und sagt, ja, der schaut ja ganz nett aus, den könnten wir vor Gericht stellen. Sondern entscheiden muss der gerichtlich beeidete Sachverständige und das ist in diesem Fall ein Arzt. Das, was Österreich sehr wohl machen könnte, ist, zu dokumentieren, diese Person ist nicht willkommen, aber passiert ist ja gerade das Gegenteil. Der damalige Kärntner Landeshauptmann [Jörg Haider] hat gesagt, die Familie Ašner ist sehr wohl willkommen bei uns, während andere Flüchtlinge weniger willkommen sind. Also ich glaube, hier ein Signal seitens der Politik zu setzen, er wird wahrscheinlich nicht ausgeliefert werden aus humanitären Gründen, weil er nicht transportfähig ist, aber hier zu sagen, diese Person hält sich eigentlich nur gnadenhalber bei uns auf, und ist nicht willkommen, das wäre etwas, was die Politik machen könnte.

Wolf: Herr Doktor vielen Dank für den Besuch im Studio.“

23. Februar 2011, Salzburger Nachrichten. Die Salzburger Nachrichten zitieren eine Stellungnahme von Winfried Garscha über die Zunahme von Neonazis in Österreich:

„Die deutliche Zunahme von Anklagen und [...] Verurteilungen zeigen, dass die Justiz bei NS-Umtrieben doch energischer reagiert als in den 80er- oder 90er-Jahren. Es ist erfreulich, dass Anzeigen offenbar häufiger weiterverfolgt werden. Auch wenn die Zahl der Einstellungen weiter sehr hoch ist. Andererseits hält Garscha die hohe und sogar zunehmende Ausprägung brauner Umtriebe in Österreich für sehr bedenklich.“

30. Mai 2011, Der Standard. Unter dem Titel „Gesetz schützt jungen Massenmörder“ berichtete Der Standard:

„Als der junge Kroatie durch Wien spaziert, trifft er nach 20 Jahren den Mörder seiner Familie. Der Mann hatte seinen Bruder erschossen, seinen Vater, und die meisten seiner Freunde, im November 1991 in Vukovar, bei einem der ersten Massaker des Jugoslawienkriegs.“

Dann war er weitergezogen mit den serbischen Milizen – bis nach Wien, wo er österreichischer Staatsbürger wurde. Der Kroatte geht zur Polizei und erzählt seine Geschichte, nennt den Namen des Mörders und dessen Adresse. Die Beamten prüfen, die Angaben stimmen, der Beschuldigte ist geständig – doch zur Verantwortung ziehen können sie ihn trotzdem nicht. Winfried Garscha erzählt diese fiktive Geschichte immer wieder, wenn er mit Juristen redet. Er ist Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und einer Arbeitsgruppe im Justizministerium, die NS-Verbrecher sucht. ‚Die Geschichte kann genau so passieren, wenn sich nicht etwas ändert‘.

Winfried Garscha mahnte daher immer wieder eine Reform jener Gesetzstellen im Strafrecht ein, in denen es um die Verjährung von Delikten jugendlicher StraftäterInnen ging. Seit der Novelle 2015 ist diese Problematik im österreichischen Strafrecht beseitigt.

7. Mai 2013, Der Standard. Im Frühjahr 2013 schrieb Der Standard neuerlich über die Suche nach noch lebenden Kriegsverbrechern und befragte Winfried Garscha als Experten für Nachkriegsjustiz am DÖW:

„[Garscha] glaubt, dass diese Frage dringend im Parlament behandelt werden müsse: ‚Uns läuft die Zeit davon, das Ministerium muss entscheiden, ob man das jetzt einmal über die Bühne bringen will‘.“

20. November 2013, Kurier. Kurier und APA berichteten im November 2013 in mehreren Ausgaben von einem Justizskandal um einen in Wels lebenden ehemaligen Angehörigen der Wachmannschaft des Konzentrationslager Auschwitz. Laut Kurier „bremste“ die Justiz das Verfahren:

„‚Wenn das stimmt, ist das extrem ärgerlich‘, sagt Winfried Garscha, Leiter der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Schließlich habe die Staatsanwaltschaft gewusst, dass Eile nötig sei: ‚Vor eineinhalb Jahren wäre der alte Mann eventuell noch prozesstauglich gewesen‘.“

24. November 2014, ORF ZIB. Im Oktober 2014 wurde Winfried Garscha neuerlich in die ZIB eingeladen. Thema war die Diskussion rund um das Deserteursdenkmal (Transkription durch den ORF):

„*Maier Gerhard (ORF)*: Die Beschimpfungen kann das Denkmal wohl nicht mehr gutmachen, aber immerhin gibt es jetzt einen öffentlichen Ort, an dem auch der Mut von Deserteuren gewürdigt wird. Eine Würdigung, die aber nur mehr wenige erleben.

OFF-Sprecherin (ORF): Sie schwören den Eid auf Hitler und seine Wehrmacht. Aber nicht alle werden ihn einhalten. Viele wollen nicht mehr Teil der Tötungsmaschinerie des Dritten Reichs sein.

Garscha: Es hat auch in Österreich solche Menschen gegeben – drei davon sind in den letzten sechs Tagen in Floridsdorf am Spitz hingerichtet worden, Huth, Biedermann und Raschke. Einen davon sehen wir auf diesem Bild aufgehängt: „Ich habe mit Bolschewiken paktiert.“

OFF-Sprecherin: Die Gerichte der Deutschen Wehrmacht verurteilen rund 1,3 Millionen Menschen wegen Wehrdienstverweigerung oder Fahnenflucht – 30.000 erhalten Todesurteile, an die 23.000 werden tatsächlich hingerichtet. Darunter etwa 2.000 Österreicher. Wer nicht ermordet wird, kommt in ein Straflager oder in ein Straf-Bataillon direkt an der Front.

Garscha: Diese Soldaten wurden für besonders gefährliche Einsätze eingesetzt, sozusagen als Himmelfahrtskommandos.

OFF-Sprecherin: Erst 2009 hebt das österreichische Parlament die Urteile der NS-Gerichte auf und rehabilitiert damit Deserteure – unter anderem diese drei prominenten Fälle, die den heutigen Tag aber nicht mehr miterleben. [...]“

1. März 2015, Kurier. Im Frühjahr 2015 wurde vom Institut für Zeitgeschichte in München eine kommentierte Neuauflage von Hitlers „Mein Kampf“ publiziert. Auf Anfrage des Kurier antwortete Winfried Garscha, dass es „keine Katastrophe“ sei, dass das Buch nun wieder zugänglich sein werde. Die wissenschaftliche Aufarbeitung allein werde aber keinen Rechtsextremen von seiner Gesinnung abbringen. Nicht zuletzt, weil ein Download des unkommentierten Texts von „Mein Kampf“ längst nur eine Suchanfrage entfernt ist. Entscheidend sei – so Garscha –, den Menschen klar zu machen, „was das für ein Machwerk ist“.

13. März 2015, Kurier. Zwei Wochen später befasste sich die Tageszeitung neuerlich mit der juristischen Verfolgung ehemaliger NationalsozialistInnen:

„Seit Johann Hummels [siehe dazu den Bericht im Kurier vom 20. 11. 2013] Tod sind keine staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen

Nazi-Verbrecher mehr anhängig. Vor fünf Jahren wurde im Justizministerium die Arbeitsgruppe zur Ausforschung mutmaßlicher NS-Täter eingesetzt. Zwei Ministeriums-Beamte und zwei Historiker der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz durchforsten historische Unterlagen nach NS-Tätern, die eventuell noch leben. „Wir suchen nach Ermittlungsansätzen, die bei früheren Verfahren übersehen worden sind“, erklärt Winfried Garscha, Leiter der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW). Zu einer Anklageerhebung kam es bisher nicht. „Es ist frustrierend, die Taten sind verjährt oder die Verdächtigen tot. Hätte man das bereits vor 15 Jahren mit Nachdruck betrieben, wäre die Erfolgchance deutlich besser gewesen.“

14. April 2015, Der Standard. Das Foto zum Artikel „Intensives Gedenken an NS-Opfer und Befreiung. Schüler beim ‚March of the Living‘“ zeigt Winfried Garscha vorne beim Gedenkmarsch durch die Wiener Leopoldstadt zum Rathaus.



„Intensives Gedenken an NS-Opfer und Befreiung“

Der Standard, 14. April 2015

17. April 2015, APA und Wiener Journal. Die APA berichtete über Gräueltaten von Österreichern in Griechenland während der Zeit des Nationalsozialismus:

„Nach dem Krieg blieb die gerichtliche Aufarbeitung der Taten von Österreichern in Griechenland weitgehend aus. Ein Prozess in Wien gegen den in Südtirol geborenen SS-Offizier Otto Begus in den 1950er-Jahren wurde eingestellt. ‚Dem Gericht war die Bearbeitung der griechischen Zeugenaussagen zu mühsam‘, sagt dazu Winfried Garscha vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW). Die österreichischen Behörden hätten sich wie in anderen Fällen nur auf Druck von außen mit Vorwürfen befasst. Mit dem Militärputsch in Griechenland 1967 sei die Verfolgung von NS-Straftaten in Griechenland weiter erschwert worden.“

Mehr Neonazi-Propaganda im Internet

Experten sehen Justiz gefordert – Noch keine Pflichtkurse für alle angehenden Richter

Wien – Nationalsozialistische Propaganda im Netz nimmt zu. Bei der Verfolgung der Täter stellen sich allerdings Probleme: Neonazis seien zum Teil bestens über die Lücken des Strafrechts informiert und nützen diese aus, sagt Brigitte Bailer-Galanda vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Eine „massiv genutzte“ Gesetzeslücke sei, dass im Gegensatz zur Holocaustleugnung, die strafbar ist, eine Leugnung von Kriegsschuld nicht vom Verbotsgesetz umfasst sei. „Das wird massiv genutzt“, sagt Bailer bei einer Veranstaltung des grünen Justizsprechers Albert Steinhauser und der Zentralen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Verbotsgesetzes. Die Historikerin fordert, dass auch die teilweise Leugnung von NS-Ver-

brechen ins Verbotsgesetz aufgenommen wird.

Keinesfalls sollte das Verbotsgesetz aufgeweicht werden, sind die Experten überzeugt, da im Bereich der NS-Propaganda ein hartes Vorgehen der Strafjustiz abschreckend auf Mitläufer wirke. Wobei man vor allem jungen, ideologisch nicht gefestigten Tätern mit Diversion und Schulungen begegnen sollte, da Haftstrafen eine Art Märtyrereffekt haben könnten, meint Bailer-Galanda.

Hier Freispruch, dort Haft

Was die Anwendung des Gesetzes betrifft, hänge vieles davon ab, an welchem Gerichtsstandort die Causa lande, meint Grün-Abgeordneter Karl Öllinger. Ähnlich gelagerte Fälle „werden hier freigesprochen und dort verurteilt“, was den Schluss nahelege, dass

vieles von der Art der Rechtsbelehrung der Laienrichter durch den Berufsrichter abhängt. Neonaziprozesse finden immer vor Geschworenengerichten statt.

Manchen Angehörigen der Justiz fehle es an Sensibilität, meint Winfried Garscha von der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz. Er kritisiert, dass es die von Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP) angekündigte verpflichtende historische Schulung für angehende Richter immer noch nicht gibt, die Sache sei „eingeschlafen“. Im Justizministerium wird das auf STANDARD-Anfrage demontiert. Zwar sei man im – bei weitem größten – Gerichtssprengel Wien noch „in der Planungsphase“, in den Sprengeln Graz, Linz und Innsbruck habe man die Schulungen aber bereits in die Curricula integriert. (sterk)

„Mehr Neonazi-Propaganda im Internet“

Der Standard, 18./19. Februar 2017

28. September 2015, NÖN. Am 28. September 2015 berichtete die NÖN unter dem Titel „Zeitgeschichte begeisterte das Publikum“:

„Der Zeithistoriker Winfried Garscha faszinierte das zahlreich in der Kultur Mitte erschienene Publikum mit seiner lebendigen und mit interessanten Details gespickten Darstellung der ‚Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung 1938–1983‘.“

18. Februar 2017, Der Standard. Im Zuge einer Veranstaltung der Grünen im Februar 2017 im Parlament zum Thema Rechtsextremismus sah Garscha die Justiz gefordert. ExpertInnen diskutierten vor zahlreichen JournalistInnen über die Aktualität des Verbotsgesetzes. Neben anderen Medien berichtete auch Der Standard in der Ausgabe am 18./19. Februar 2017 und ortete eine Zunahme der Neonazi-Propaganda im Internet.